

Konsequent sozial für Brandenburg

Wandel auf breiter Front tut Not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken und auch nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess von Veränderungen in Gang zu setzen und an den richtigen Stellen zu beginnen. Mit den 15 politischen Schlüsselvorhaben machen wir in unserem Wahlprogramm deutlich, womit wir den Wandel einleiten wollen. Sie werden für uns - in Opposition wie in Regierung - Maßstab sein. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Mit ihnen soll das Positive in Brandenburg bewahrt, ausgebaut und für alle wirksam gemacht werden. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Diese Vorhaben gehören für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

Schlüsselvorhaben 15

Struktur und Beständigkeit für die Oderpartnerschaft

Ob wir alle unsere Zukunftschancen hier in Brandenburg nutzen können, hängt nicht unwesentlich davon ab, wie sich unser Land im europäischen Maßstab positioniert und welche Bündnisse – über die Landesgrenzen hinaus – geschmiedet werden. In der deutsch-polnischen Region an Oder und Neiße, die über Jahrhunderte immer wieder Schlachtfeld in Kriegen war, stehen Deutsche und Polen vor der historischen Aufgabe, gemeinsam eine friedliche Zukunft in einem vereinten Europa zu gestalten. Die Oderpartnerschaft ist ein Weg, über den das befördert werden kann.

Wir fangen nicht bei Null an

Schon heute gibt es auf Landes- wie auf kommunaler Ebene zahlreiche Kontakte zu den Nachbarn. Die Landtagsfraktion der LINKEN hat diese Zusammenarbeit vielfach mitgestaltet. Die Oderpartnerschaft - 2006 von den Wirtschaftsministern Harald Wolf (PDS) und Ulrich Jung-

hanns (CDU) begründet - will und soll diese vielfältigen, z.T. kleinteiligen Kooperationsformen nicht ersetzen. Sie kann das "Dach" sein, unter dem sich Akteure aus Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gemeinsam mit Partnern aus den Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) sowie Dolnośląskie (Niederschlesien) über die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße verständigen und eine politische Schrittfolge für 10 – 15 Jahre verabreden. Die Brandenburger LINKE hat in ihrem Landtagswahlprogramm versprochen, der Oderpartnerschaft "einen eigenen brandenburgischen Akzent (zu) geben". Nicht nur die Menschen in Frankfurt und Słubice, in Guben und Gubin und den anderen Gemeinden in Grenznähe, sondern alle Brandenburger - auch die in der Prignitz, im Havelland oder in Potsdam - sollen von den Chancen profitieren, die sich aus der Grenzlage zur Republik Polen ergeben. Dazu bedarf es politischer Entscheidungen.

Wir können dabei auf die Erfahrungen anderer aufbauen, etwa die der La Grande Région, zu der neben Rheinland-Pfalz und dem Saarland das französische Lothringen, Luxemburg sowie die Wallonie und die deutschsprachige Gemeinschaft im Königreich Belgien gehören: Hier wird über Jahrzehnte eine Kooperation im Interesse von rd. 11 Mio Menschen praktiziert, die durch zivilgesellschaftliche Akteure lebt und parlamentarisch mitgestaltet wird. Wir haben, was die Größe des Raumes und die Anzahl der hier an Oder und Neiße Lebenden (ca. 15 Mio Menschen) anbetrifft, vergleichbare Bedingungen, sind jedoch noch weit von der Qualität der Kooperation im Westen entfernt.

Wie die Oderpartnerschaft gestaltet werden kann

Die Oderpartnerschaft stagniert seit einiger Zeit. Nicht nur wegen der nicht ganz unkomplizierten polnischen Außenpolitik zu Zeiten der beiden Kaczyński-Brüder, sondern auch weil die deutschen Partner das Projekt z.T. halbherzig verfolgten. Deshalb hat DIE LINKE die Aufgabe formuliert, die notwendige "Beständigkeit" der Kooperation zu sichern und ihr eine "Struktur" zu geben. Dass dies nur im Einvernehmen mit allen Partnern geschehen kann, ist klar - wir haben einen langen Prozess vor uns, der aber jetzt in Gang gesetzt werden muss. DIE LINKE steht für eine neue Qualität der Oderpartnerschaft: für die Erweiterung um neue Felder, eine stärkere Beteiligung der Parlamente sowie eine bessere Koordinierung mit anderen Formen der grenzüberschreitenden, interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit. Wir wollen die Kraft der Wachstumszentren (Berlin, Szczecin, Poznań, Wrocław, Dresden) ebenso nutzen, wie die Potenziale der kleineren Zentren, wie Frankfurt oder Zielona Góra, und natürlich auch die des ländlichen Raums.

Das Spektrum der Aufgaben ist breit

Auf der Agenda steht:

- eine Wirtschaftspolitik, die in einen gemeinsamen Wirtschaftsstandort mündet: Sie muss qualitative Verflechtungsbeziehungen der Unternehmen mit Anreizen versehen und Billiglohn-Strategien wirksam bekämpfen. Zentral ist die Erarbeitung von strategischen Win-Win-Situationen mit nachhaltiger Wirkung für die Region. Die Bemühungen um ein gemeinsames Standortmarketing, um länderübergreifende Informations-, Analyse- und Serviceangebote sowie die Unterstützung von technologieorientierten Wirtschaftszweigen und Netzwerken zwischen Innovationszentren sind fortzusetzen;
- gezielte Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Integration des Arbeitsmarktes, insbesondere zur Qualifi-

zierung von Menschen für die Arbeit hier in der Region: Mehr gemeinsame Ausbildungsangebote könnten für junge Menschen diesseits und jenseits der Grenze nicht nur Zukunftschancen in der Region sichern, sondern ihnen auch interkulturelle Kompetenz vermitteln:

- grundlegende Veränderungen in der Bildungspolitik: Zentrale Aufgabe ist der Ausbau der Möglichkeiten zum Erlernen der polnischen Sprache in allen Landesteilen. Deutsch-polnische Schulprojekte und Polnisch an Europaschulen müssen ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Polnisch-Lehrer, eine Intensivierung des Austauschs von Schülern und Lehrkräften sowie eine Anpassung der Lehrpläne. Kenntnisse über die Geschichte und Gegenwart des Nachbarlandes müssen vor allem in Brandenburgs Schulen eine größere Rolle spielen;
- die Schaffung eines gemeinsamen Forschungs- und Innovationsraums sowie eines tragfähigen Netzwerkes von Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, das die Entwicklung gemeinsamer Angebote koordiniert, im Dialog mit der Wirtschaft und anderen Einrichtungen Antworten auf neue Qualifikationsbedarfe entwickelt sowie den Forschungsstandort und Ausbildungsangebote regional und international bewirbt;
- eine stärkere Vernetzung bei sozialen Dienstleistungen: Bei Krankenhäusern und Kureinrichtungen, bei ambulanten und stationären Pflegediensten, im Rettungswesen und Katastrophenschutz gibt es zahlreiche Ansatzpunkte, die ausgebaut und qualitativ verbessert werden können;
- die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur: Verkehrsplanung und -entwicklung müssen geprägt sein von Verkehrsvermeidung und -reduzierung durch Regionalisierung der Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Fester Bestandteil des grenzüberschreitenden Verkehrs sollten kleinteilige Lösungen für den ÖPNV sein. Um den wachsenden Verkehrsströmen entgegenzuwirken, sind gemeinsame regionale Planungen für die Verkehrsinfrastruktur und deren überregionale Anbindung auf den Weg zu bringen. Eine deutliche Beschleunigung ist beim Ausbau des Schienenverkehrs notwendig;
- die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße: Vermittlung und sinnliches Erfahren von polnischer und deutscher Geschichte, von Kunst und Literatur sowie der natürlichen Schönheiten können einen Beitrag zur Herausbildung einer regionalen Identität leisten, die nationale Identitäten bereichert.

Falls Sie Fragen oder weitere Vorschläge haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an: Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof, Telefon: 0331 – 550 66 09 oder E-Mail: wahlquartier@dielinke-brandenburg.de